

Jusos OBERBAYERN

---

**Beschlussbuch**  
Bezirkskonferenz

Beschlüsse der Bezirkskonferenz der Jusos Oberbayern

am 05. August 2018  
Jugendräume des DGB, München.

# A02

## Förderung von Partizipation junger Menschen in der Schule

**Antragsteller\*innen** Jusos München-Stadt

**Adressat\*innen** Juso-Landeskonferenz, SPD-  
Bezirksparteitag

1 Die UN-Kinderrechtskonvention verspricht Kindern und Jugendlichen die Beteiligung und  
2 Mitsprache an allen Belangen, die sie betreffen. Der Lebensraum Schule ist für  
3 Jugendliche einer der zentralen Bestandteile ihres Lebens, sie verbringen einen großen  
4 Anteil ihrer Zeit in der Schule.

5 Derzeit findet die Beteiligung Jugendlicher in der Schule aber viel zu wenig statt. Sowohl  
6 im Unterricht als auch darüber hinaus ist die Partizipation maßgeblich von der  
7 Schulleitung und der Unterstützung durch Lehrkräfte abhängig. Ideen und Projekte  
8 können nicht eigenverantwortlich umgesetzt werden, sie können durch Schulleitungen  
9 stark eingeschränkt oder in vielen Fällen verhindert werden.

10 Der wichtigste Bestandteil für Partizipation ist dabei jedoch der Unterricht selbst. Durch  
11 Frontalunterricht entsteht eine starke Fokussierung und Ausrichtung auf die Lehrkraft. Eine  
12 Einbeziehung der Schüler\*innen wird dadurch strukturell erschwert. Selbstbestimmter  
13 Unterricht beinhaltet nicht nur eine individuelle Schwerpunktsetzung bei den  
14 Lerninteressen, sondern auch Mitwirkung an der Erarbeitung des Wissens. Forschung zum  
15 Thema Lehre sollte genauso wie die Ausbildung der Lehrkräfte hierfür einen Fokus  
16 entwickeln, bei der Erstellung von Lehrplänen und Stundentafeln sollten die  
17 Wahlmöglichkeiten im Sinne einer selbstbestimmten Bildung ausgeweitet werden.

18 Neben einer umfassenden Weiterentwicklung der Lehrmethoden für partizipativeren  
19 Unterricht gibt es auch im Schulalltag einige Potentiale für die Demokratisierung und die  
20 Förderung von Jugendbeteiligung.

21 Die Demokratisierung der Schule kommt nicht nur den Schüler\*innen zu Gute. So werden

1 Jugendlichen zu einer demokratischen Mitbestimmung erzogen und erfahren schon früh, dass  
2 es sich lohnt, die Gesellschaft mitzugestalten und sich politisch einzubringen. Hiervon profitiert  
3 letztlich die gesamte Gesellschaft durch eine deutliche Politisierung kommender Generationen.

4 Partizipation und Beteiligung ist für alle Schüler\*innen möglich. Selbstverständlich bringen  
5 unterschiedliche Menschen unterschiedliche Motivationen mit, sich einzubringen. Je früher aber  
6 Wirksamkeitserfahrungen entstehen, weil Schüler\*innen erleben, dass ihre Meinung relevant ist  
7 und gehört wird, desto besser funktionieren Partizipationsformate und Beteiligung später. Um  
8 die unterschiedlichen Motivationen zu adressieren ist eine Differenzierung von  
9 Partizipationsformaten notwendig.

10 Schulische Belange werden auf unterschiedlichsten Ebenen diskutiert. Die Beteiligung von  
11 Schüler\*innen muss dabei auf allen Ebenen durch Partizipationsmöglichkeiten gefördert werden:  
12 Dies gilt für Entscheidungen innerhalb der Klasse, auf Schulebene und in politischen Kontexten  
13 schulübergreifend im Bezug auf die Sachaufwandsträgerschaft und schulpolitische  
14 Entscheidungen auf Landesebene.

15 Für die erfolgreiche Demokratisierung der Bildungseinrichtung Schule muss ein Verständnis auf  
16 allen Ebenen passieren, jede Ebene braucht eigene Partizipationsmöglichkeiten. Diese sollen  
17 unter Einbeziehung der Schüler\*innen entwickelt werden.

18 Davon unabhängig gibt es kleine Maßnahmen, die eine große Wirkung erzielen können. Daher  
19 fordern wir :

- 20 • Eine finanzielle und inhaltliche Unterstützung für partizipative und eigenverantwortliche  
21 Projekte an den Schulen
- 22 • Eine Verbesserung der Vertretungsstrukturen und eine Etablierung lokaler Strukturen
- 23 • Einen Zugang zum SMV-Zimmer auch außerhalb der Unterrichtszeit
- 24 • Ein Recht auf und eine Finanzierung für ein SMV-Seminar an jeder Schule

## 25 **Förderung von partizipativen und eigenverantwortlichen Projekten an Schulen**

26 Die Umsetzung von Projekten und inhaltliche Arbeit in jeder Form ist stets mit Kosten verbunden.  
27 Oft haben Jugendliche Ideen, was sie in ihrem Schulalltag verbessern möchten, dabei gibt es  
28 oft konkrete Ansätze für Projekte. Budgets stehen dabei aber keine zur Verfügung. Statt die  
29 Energie in das tatsächliche Projekt zu stecken geht viel Energie auf dem Weg der Finanzakquise

1 verloren, wenn beispielsweise durch einen Kuchenverkauf in der Pause versucht wird, ein Budget  
2 aufzubauen.

3 Es braucht eine Förderung von partizipativen Projekten an den einzelnen Schulen, die die  
4 Jugendlichen umsetzen möchten. Demnach wird ein Budget für die Förderung von kleinen und  
5 mittleren Projekten zur Verfügung gestellt . Die auszuschüttenden Mittel bemessen sich anhand  
6 des konkreten Projekts, betragen jedoch maximal 1.000€.

7 Die Projekte werden eigenverantwortlich und selbstbestimmt umgesetzt. Hierbei werden die  
8 Jugendlichen je nach Wunsch mehr oder weniger intensiv durch eine Lehrkraft,  
9 Sozialarbeiter\*in, Schulpsycholog\*in o.Ä. betreut. Die Ressourcen der Schule stehen für die  
10 Umsetzung der Projekte zur Verfügung.

11 Die Beantragung der Mittel für einzelne Projekte soll dabei einfach und niederschwellig mit  
12 einer Beschreibung des Projekts sowie einer Finanzplanung möglich sein.

13 Über die Vergabe von Fördermitteln und die Förderung von Projekten entscheidet ein Gremium  
14 aus Schülerinnen und Schülern vor dem Hintergrund der festgelegten Förderkriterien und  
15 Rahmenbedingungen. Hierbei kann auf bestehende Strukturen der Stadtschüler\*innenvertretung  
16 oder SMVen zurückgegriffen werden.

17 Eine Bewerbung für die Förderung soll das ganze Jahr über möglich sein, um aufkommende  
18 Ideen möglichst zeitnah zu unterstützen.

19 Projekte mit Förderzusage müssen auch inhaltlich unterstützt werden. Hierfür kann auf  
20 Seminarangebote des Münchner Schüler\*innenbüro e.V. verwiesen werden. Auch an der Schule  
21 sollte eine Lehrkraft, Sozialarbeiter\*in, Schulpsycholog\*in o.Ä. gefunden werden, die das Projekt  
22 unterstützend begleitet und die Leistung dafür vergütet bekommt.

23 Die Projekte werden zur Förderung der Motivation anderer Schüler\*innen öffentlichkeitswirksam  
24 präsentiert und vorgestellt.

25 Es wird eine zentrale Unterstützung etabliert, die bei Interessenskonflikten zwischen  
26 Schüler\*innen und Lehrkräften oder Schulleitungen an den einzelnen Schulen zur Unterstützung  
27 der Schüler\*innen vermittelt.

## 1 **Verbesserung der Vertretungsstrukturen und Etablierung lokaler Strukturen**

2 Das BayEuG regelt die Mitbestimmungsstrukturen von Schüler\*innen in der Schulpolitik: Auf  
3 schulübergreifender Ebene treffen die Schulsprecher\*innen auf Bezirksebene zusammen, um  
4 sich auszutauschen und Bezirksschulsprecher\*innen zu wählen. Diese treffen wiederum auf der  
5 Landesschulkonferenz zusammen, um die landesweite Vertretungsebene zu bilden.

6 Die Bezirksebene ist dabei keine schulpolitische relevante Ebene sondern lediglich an  
7 Verwaltungsstrukturen orientiert: Entscheidungen mit schulpolitischer Relevanz werden  
8 kommunal und landesweit getroffen.

9 Auf lokaler Ebene (Stadt- und Landkreise) fehlen größtenteils demokratisch legitimierte  
10 Strukturen. Die politischen Entscheidungen im Kontext der Sachaufwandsträgerschaften haben  
11 jedoch eine große Auswirkung auf die Schulen, sind dabei aber nicht flächendeckend  
12 partizipativ begleitet.

13 Wir fordern die Änderung des BayEUG durch die Abschaffung der Bezirksebene zugunsten von  
14 Stadt- bzw. Kreisschüler\*innenvertretungen. Dies füllt einerseits das Partizipationsvakuum auf  
15 Ebene der Sachaufwandsträgers, erhöht durch die geographische Nähe der einzelnen Schulen  
16 innerhalb eines Gremiums aber auch das Vernetzungs- und Kooperationspotential. Die  
17 Stadtschüler\*innenvertretungen treffen auf Landesebene zusammen, um dort die landesweiten  
18 Gremien zu besetzen und landesweite Themen zu diskutieren. Als Vorbild für die Etablierung  
19 dieser Strukturen kann die SSV München herangezogen werden. Die Gremien arbeiten  
20 schulartenübergreifend unter Repräsentation und Beteiligung aller Schularten.

21 Die Stadt- und Kreisschüler\*innenvertretungen übernehmen dabei auch ein allgemeinpolitisches  
22 bzw. jugendpolitisches Mandat über den Bildungskontext hinaus.

## 23 **Recht auf SMV-Seminar**

24 Die Amtszeiten in der Schüler\*innenvertretung betragen stets nur ein Schuljahr. Durch die hohe  
25 Fluktuation der Besetzung von Ämtern innerhalb der SMV besteht ein hoher Bedarf an  
26 Qualifizierung und Ausbildung um eine adäquate politische Arbeit zu garantieren. Der  
27 Qualifizierungsbedarf besteht dabei einerseits für Vertretungsstrukturen, inhaltliche  
28 schulpolitische Themen und andererseits für Softskills wie Rhetorik oder Projektmanagement.

1 In externen Örtlichkeiten ausgerichtete Tagungen bieten hierfür den notwendigen zeitlichen  
2 Rahmen und tragen darüber hinaus in besonderer Weise zum Teambuilding bei. Sie  
3 ermöglichen damit eine erfolgreiche Arbeit.

4 Den SMVen wird daher das Recht auf ein SMV-Seminar eingeräumt. Hierbei findet einerseits die  
5 Konstituierung und Jahresplanung andererseits aber auch eine Qualifizierung für die politische  
6 und projektorientierte Arbeit statt.

7 Dabei ist den SMV-Mitgliedern – die über den Kreis der Klassensprecher\*innen hinausgehen  
8 und auch andere Aktive umfassen kann – ein Zeitraum von 2 Tagen im Schuljahr zuzugestehen,  
9 in denen die Unterrichtszeit zur Verfügung gestellt wird.

10 Die Seminare finden – sofern nicht durch die Schüler\*innen anders gewünscht - in externen  
11 Tagungsstätten inklusive Übernachtung statt.

12 Die Kosten für Unterbringung, Fahrkosten sowie angemessen Honorare für Referent\*innen  
13 werden dabei durch die öffentliche Hand getragen und nicht den SMVen angelastet.

14 Das Recht auf SMV-Seminare und deren Finanzierung ist auf alle weiterführenden Schularten  
15 anzuwenden.

#### 16 **Zugang zum SMV-Zimmer außerhalb der Schulöffnungszeiten**

17 An den Schulen leisten die SMVen einen wichtigen Beitrag. Dabei kann die Arbeit nicht  
18 selbstbestimmt organisiert werden sondern ist durch die Öffnungszeiten der Schule –  
19 währenddessen die Jugendlichen ja im Unterricht sind – eingeschränkt. Deshalb ist eine  
20 Entkopplung der Zugänglichkeit des SMV-Raumes notwendig, um auch nach Schulschluss  
21 Arbeit in professionellem Rahmen zu ermöglichen.

22 Beim Neubau von Schulgebäuden werden SMV-Zimmer demnach baulich so geplant, dass eine  
23 Zugänglichkeit auch außerhalb der Schulöffnungszeiten möglich ist. In bestehenden  
24 Schulgebäuden wird unter Berücksichtigung der Kosten eine nachträgliche Umbaumaßnahme  
25 geprüft, die eine derartige Zugänglichkeit ermöglicht.

26 Die Mitglieder der SMV – insbesondere die Schüler\*innensprecher\*innen – erhalten einen

- 1 Schlüssel zu den Räumen. Hierbei ist auf eine angemessene Versicherung der Schlüssel oder  
2 eine Abkopplung des Schließsystems zu achten, damit die Schüler\*innen bei Verlust nicht privat  
3 für die hohen finanziellen Aufwände aufkommen müssen.
- 4 Die SMV-Zimmer müssen selbstverständlich ressourcentechnisch so ausgestattet sein, dass eine  
5 professionelle Arbeit möglich ist. Hierzu zählt neben einem zuverlässigen Internetzugang auch  
6 Moderationsmaterial und vergleichbare Infrastruktur.
- 7 Eine andere Möglichkeit, den mangelnden Räumlichkeiten, die für das Engagement notwendig  
8 sind, zu begegnen ist das Münchner Haus der Schülerinnen und Schüler: Diese Initiative muss  
9 endlich nach den politischen Zusagen realisiert werden, das Konzept auch für andere Städte  
10 etabliert werden.

# A03

## Anrechnung privater Altersvorsorge auf Grundsicherung im Alter abschaffen!

**Antragsteller\*innen** Jusos München-Stadt  
**Adressat\*innen** Juso-Landeskonferenz, SPD-Landesparteitag, SPD-Bundesparteitag

1 Wir fordern, dass das Einkommen aus privater Altersvorsorge anrechnungsfrei bei der Ermittlung  
2 der Grundsicherung im Alter gestellt wird.  
3 Dabei kann es sich für uns nur um eine kurzfristige Zwischenlösung handeln. Grundsätzlich  
4 fordern wir ein staatliches Rentensystem, das allen Menschen ein gutes Leben im Alter  
5 ermöglicht und eine private Vorsorge überflüssig macht.

### 6 **Begründung:**

7 Seit Jahren werden die Bürger\*innen dazu aufgefordert, privat fürs Alter vorzusorgen, um die  
8 Versorgungslücke durch das sinkende Rentenniveau zu schließen oder zumindest zu verkleinern.  
9 Besonders betroffen davon sind Bezieher\*innen von Arbeitslosengeld II.  
10 Die Jobcenter dürfen nicht auf die Riesterverträge der Leistungsbezieher\*innen zugreifen. Wenn  
11 die Leistungsbezieher\*innen jedoch Grundsicherung brauchen, weil die Rente nicht reicht, wird  
12 die Riester-Rente auf die Grundsicherung angerechnet. Das bedeutet, dass die Verträge, in die  
13 jahrelang eingezahlt wurde und die staatlich gefördert werden, wirkungslos verpuffen, weil sich  
14 die Grundsicherung um den Betrag der monatlich gezahlten Riester-Rente reduziert.  
15 Gerade im Hinblick auf die Diskussion um Altersarmut und vor dem Hintergrund der im  
16 Koalitionsvertrag vereinbarten Grundrente muss die Anrechnung privater Altersvorsorge auf die  
17 Grundsicherung im Alter abgeschafft werden!



# A04

## Mehr Transparenz im Gesundheitswesen

**Antragsteller\*innen** Jusos München-Stadt  
**Adressat\*innen** Juso-Landeskonferenz, SPD-  
Bezirksparteitag

1 Wir fordern eine gesetzlich geregelte Transparenz in der Pharmaindustrie in Deutschland durch  
2 Offenlegung von Zahlungen an Leistungserbringer\*innen des Gesundheitssektors (z.B.  
3 Ärzt\*innen, Krankenhäuser, usw.). Sowohl Name des Unternehmens, Höhe der Zuwendung, der  
4 Verwendungszweck als auch der Kontext der Zahlung müssen erfasst und niederschwellig  
5 zugänglich gemacht werden, um Vertrauen durch Transparenz zu ermöglichen.

6

### 7 **Begründung:**

8 Die ohnehin steigenden Kosten im Gesundheitswesen werden in einer alternden Gesellschaft in  
9 den kommenden Jahren weiter zunehmen, weshalb eine faire Preisbildung und eine  
10 unabhängige, patient\*innenorientierte Medizin die obersten Gebote bleiben müssen.  
11 Zahlungen der Pharmaindustrie an Leistungserbringer\*innen im Gesundheitswesen können  
12 gerechtfertigt sein, müssen aber in jedem Fall offengelegt werden und für jede\*n Bürger\*in  
13 zentral einsehbar sein, ähnlich der Veröffentlichung in den USA im Rahmen des Sunshine Acts  
14 (<https://openpaymentsdata.cms.gov/>). Der momentanen freiwilligen Offenlegung des FSA  
15 (Freiwillige Selbstkontrolle der Arzneimittelindustrie e.V.) folgt lediglich ein Teil der  
16 Pharmabranche. Darüber hinaus werden nur mit Zustimmung der\*des Leistungsempfängers\*in  
17 die Daten nicht anonymisiert herausgegeben. Ehrliche Leistungserbringer\*innen werden damit in  
18 den Fokus gerückt und an den Pranger gestellt. Dementsprechend niedrig und abnehmend ist  
19 die Resonanz (vgl. <https://correctiv.org/recherchen/euros-fuer-aerzte/artikel/2016/07/14/seid-umschlungen-millionen/>; aufgerufen am 27.03.2018).  
20  
21 Nur eine komplette Offenlegung aller Zahlungen bekämpft und beugt Korruption im  
22 Gesundheitswesen dauerhaft vor.

# A05

## S-Bahn auf den Nordring bringen

**Antragsteller\*innen** Jusos München-Stadt  
**Adressat\*innen** Juso-Landeskonferenz, SPD-Landesparteitag

1 Wir fordern die schnellstmögliche Umsetzung der SPNV(Schienenpersonennahverkehr)-  
2 Ertüchtigung des Münchner Nordrings.

3 Im Moment (Stand Frühjahr 2018) läuft eine Machbarkeitsstudie der Deutschen Bahn AG zur  
4 SPNV-Ertüchtigung des Nordrings. Wir appellieren an alle daran beteiligten politischen  
5 Gremien, diese zu unterstützen und nachdrücklich auf die baldige Realisierung des Projekts  
6 hinzuwirken.

7 Dabei ist besonders auf einen anwohner\*innenfreundlichen Ausbau zu achten. Darunter fällt vor  
8 allem ein umfassender Lärmschutz, sowie ausreichende, günstig gelegene Haltestelle (Bsp.  
9 Knorrstraße, Freimann-Süd, Euro-Industrie-Park, Englischer Garten Nord usw.) sowie eine  
10 direkte Anbindung an die Nachbargemeinden Dachau und Karlsfeld bis nach Olching.

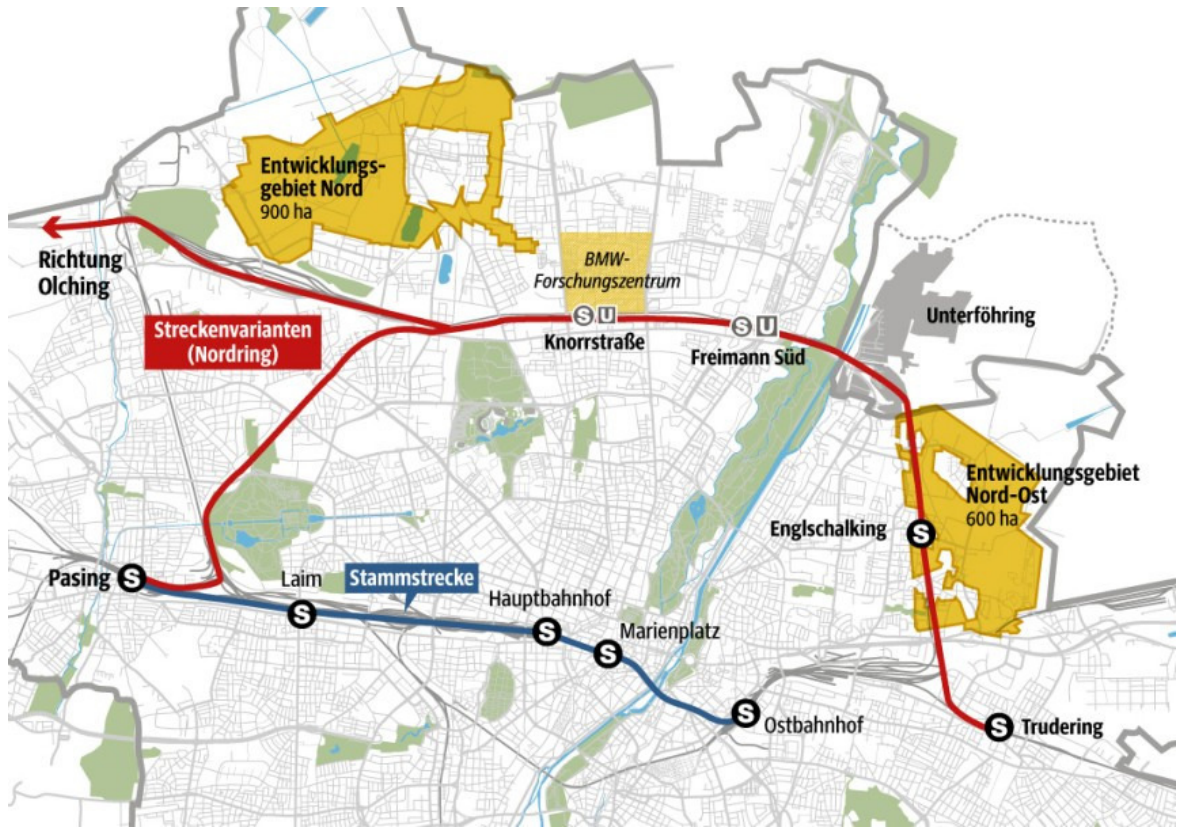
### 11 **Begründung:**

12 Ein zügiger Anschluss des Münchner Nordrings an das Münchner S-Bahn-System würde nicht  
13 nur den Münchner Norden als Gewerbe- und Wohngebiet aufwerten, sondern auch das  
14 Pendeln aus den Nachbargemeinden erleichtern. Hieraus ergäbe sich auch eine signifikante  
15 Entlastung für den Innenstadt- und Ost-West-Verkehr sowie die Ringstraßen, insbesondere den  
16 Mittleren, Föhringer und Frankfurter Ring.

17 Der Ausbau ist die einzig konsequente ökonomische wie ökologische Reaktion auf den erhöhten  
18 Pendlerverkehr im Münchner Norden. Der Nahverkehr muss mit den rasanten ökonomischen  
19 Entwicklungen der letzten Jahre (Standorte von Microsoft, Amazon, Google, BMW, TUM usw.)  
20 Schritt halten. Die ökologischen Vorteile liegen auf der Hand.

21 Darüber hinaus wäre der Ausbau Teil einer weitsichtigen Planung mit Blick auf die  
22 Entwicklungsgebiete Nord und Nordost (siehe Anhang) und sichert somit eine langfristige und  
23 nachhaltige Entwicklung des gesamten Stadtgebiets.

- 1 Freundschaft!
- 2 Anhang:



# A06

## Digitaler und individuell zugeschnittener SPD-Kalender

**Antragsteller\*innen** Jusos München-Stadt  
**Adressat\*innen** Juso-Landeskonferenz, SPD-  
Bezirksparteitag

1 Wir fordern einen digitalen Kalender für SPD- und Juso-Mitglieder, der alle Veranstaltungen der  
2 Untergliederungen und Arbeitsgemeinschaften, die das einzelne Mitglied betreffen, übersichtlich  
3 visualisiert.

4 **Begründung:**

5 Durch die Fülle an E-Mails, die man als Mitglied bekommt, ist es – gerade als Neumitglied –  
6 schwer einen Überblick über anstehende SPD-Termine zu bekommen. Es gibt zwar durchaus E-  
7 Mails, die einen auf Veranstaltungen hinweisen, diese werden aber teilweise parallel von  
8 verschiedenen Untergliederungen und/oder Arbeitsgemeinschaften verschickt: So weist einen  
9 der Ortsverein auf Ortsvereinsveranstaltungen, der Unterbezirk auf Unterbezirksveranstaltungen,  
10 und der Juso-Unterbezirk auf Juso-Unterbezirksveranstaltungen, etc., hin. Dies führt zu einer  
11 fehlenden Übersichtlichkeit von anstehenden Terminen. Durch einen digitalen Kalender, der auf  
12 das einzelne Mitglied spezifisch zugeschnitten ist, lässt sich das beheben. So soll dieses Tool  
13 berücksichtigen, in welchen Untergliederungen/Arbeitsgemeinschaften ein Mitglied tätig ist und  
14 dann die Termine dieser Untergliederungen in einem Kalender visualisiert darstellen.  
15 Diese Anwendung lässt sich in bestehende Portale, wie zum Beispiel den Web-O-Maten der  
16 BayernSPD, einbauen.

17 Wir halten diesen Kalender für einen simplen, aber - gerade für Neumitglieder - sehr hilfreichen  
18 Beitrag zu #spderneuern.

# A07

## Sozialbehörden müssen wieder in gesetzliche Rente einzahlen!

**Antragsteller\*innen** Jusos Ebersberg  
**Adressat\*innen** Juso-Landeskonferenz, Juso-  
Bundeskongress, SPD-Landesparteitag,  
SPD-Bundesparteitag

1 Wir fordern, dass die Sozialbehörden (ARGE, Bezirke, Sozialreferate) gesetzlich verpflichtet  
2 werden, für ihre Leistungsbezieher\*innen wieder in die gesetzliche Rente einzuzahlen, so wie es  
3 bis 31.12.2010 der Fall war.

### 4 **Begründung:**

5 Bis 31.12.2010 wurden von den Sozialbehörden Pflichtbeiträge für die Leistungsbezieher\*innen  
6 in die gesetzliche Rente eingezahlt. Seit 01.01.2011 prüft die Rentenversicherung nur noch, ob  
7 die Zeiten des Bezugs von Sozialleistungen als Anrechnungszeiten berücksichtigt werden  
8 können.

9 Dies ist ein unhaltbarer Zustand. Sowohl bei der Rente mit 63 als auch bei der im  
10 Koalitionsvertrag vereinbarten Grundrente werden die Beitragsjahre als wesentliche Grundlage  
11 zur Berechtigung herangezogen. Auch im Falle des Antrags auf Erwerbsminderungsrente  
12 müssen mindestens 60 Monate Beiträge eingezahlt worden sein.

13 Bezieher von Arbeitslosengeld II oder Grundsicherung haben seit dem 01.01.2011 gar nicht  
14 mehr die Chance, diese Kriterien zu erfüllen, wenn nicht auch während des Leistungsbezugs  
15 durch die Sozialbehörden in die gesetzliche Rente eingezahlt wird.

16 Auch und gerade im Hinblick auf Altersarmut wäre dies ein wichtiger Schritt, da es sich hier um  
17 die finanziell Schwächsten der Gesellschaft handelt.

# A08

## Verpflichtende und ausnahmslose gesetzliche Berufsunfähigkeitsversicherung wiedereinführen

**Antragsteller\*innen** Jusos München-Stadt  
**Adressat\*innen** Juso-Landeskonferenz, Juso-  
Bundeskongress

1 Wir fordern die Einführung einer ausnahmslosen und verpflichtenden gesetzlichen  
2 Berufsunfähigkeitsversicherung (gesBU) auf Basis der bis 2001 existierenden Regelung, die alle  
3 Berufsgruppen, inklusive selbstständig und freiberuflich Tätige, einschließt.

### 4 **Begründung:**

5 Die bisherige gesBU wurde 2001 von der rot-grünen Bundesregierung für alle Jahrgänge nach  
6 dem 01. Januar 1961 abgeschafft. Die damals versprochenen Vorteile der Reform sind nicht  
7 eingetreten, im Gegenteil: durch diese neoliberale Kackscheiße sind unter anderem folgende  
8 Probleme entstanden:

9 Berufsgruppen, die körperliche Arbeit verrichten, sind besonders hohen Beiträgen ausgesetzt –  
10 bis zu 10% ihres Nettoeinkommens. Menschen mit selbst unerheblichen Vorerkrankungen  
11 haben Schwierigkeiten bezahlbare Verträge zu bekommen.

12 Mittlerweile ist jede\*r vierte von Berufsunfähigkeit betroffen.

13 Die ausnahmslose Absicherung individueller Berufsfähigkeit ist eine gesamtgesellschaftliche  
14 Aufgabe. Wir fordern alle Gremien der Jusos dazu auf, sich solidarisch zu zeigen und dieses  
15 Thema umgehend aufzugreifen.

16 Freundschaft!

# A09

**- Überwiesen an Bezirksvorstand -**

## Maßnahmen zur Verbesserung der Luftqualität

<b>Antragsteller*innen</b>	Jusos München-Stadt
<b>Adressat*innen</b>	Juso-Landeskonferenz, Juso-Bundeskongress, SPD-Landesparteitag, SPD-Bundesparteitag

- 1 Als Jusos München Süd fordern wir folgende Maßnahmen zur Verbesserung der Luftqualität:
- 2 • Vergrößerung der Umweltzone in der Stadt München und damit eine Einbeziehung des
  - 3 mittleren Rings
  - 4 • Änderung der Stellplatzsatzung, sodass Neubaugebiete mit weniger Parkplätzen
  - 5 auskommen
  - 6 • Gleichstellung der Kraftstoffsteuern und somit ein Ende der steuerlichen Bevorzugung
  - 7 des Dieselkraftstoffs
  - 8 • Änderung der Berechnung des KFZ Energielabels, absolute Emissionen pro gefahrenem
  - 9 Kilometer ohne Einbeziehung des Gewichts
  - 10 • Das Krafftahrt-Bundesamt soll die europäischen CO2 Grenzwerte für die Flotten von
  - 11 Automobilherstellern kontrollieren und notfalls die Erstzulassung beschränken
  - 12 • Hardware Nachrüstungspflicht von Diesel Katalysatoren auf Kosten der Hersteller
  - 13 • Abschaffung der Dienstwagenprivilegien
  - 14 • Förderung für Unternehmen zum Aufbau von Ladestellen für E-Bikes
  - 15 • Ausbau des Radwegnetzes
  - 16 • Einführung einer blauen Plakette
  - 17 • Ausbau des Expressbusnetzes
  - 18 • Schaffung der nötigen Bus-Infrastruktur, d.h. Busbeschleunigungsmaßnahmen LZA, Bus-
  - 19 Kaps, Busspuren
  - 20 • Beschleunigtes Genehmigungsverfahren für neue Buslinien durch verbindliche Leitlinien
  - 21 für Politik + Verwaltung (z.B. bei Wegfall von Parkplätzen zugunsten ÖPNV)
  - 22 • Ausbau von Tram-Tangenten zur Entlastung des ÖPNV im Innenstadtbereich
  - 23 • Massiver Ausbau der ÖPNV-Anbindung Stadt-Umland

- 1 • Umsetzung von Fußwegkonzepten, z.B. 10-Minuten-Stadt
- 2 • Bereitstellung finanzieller und personeller Mittel für die Sanierung des bestehenden
- 3 ÖPNV-Netzes
- 4 • Ersatz der Betrauungslinien Bus durch LHM durch Ridesharing-/Rufmobil-Angebot
- 5 • Ausweitung Ridesharing Angebot auf Gebiete mit fehlendem / schwachen ÖPNV-
- 6 Angebot

7 **Begründung:**

8 Für eine bessere Luft in München, auch außerhalb des Mittleren Rings, fordern wir eine  
9 Vergrößerung der Umweltzone. Dabei vergrößert sich zeitgleich auch die Zone für die Analyse  
10 der Luftqualität, was zu einer realistischeren Abbildung dieser im gesamten Stadtgebiet führt.

11 Darüber hinaus fordern wir das die Stellplatzordnung geändert wird, um Neubaugebiete mit  
12 weniger Parkplätzen realisieren zu können. Dabei kann die so gewonnene Fläche anderweitig  
13 genutzt werden, so könnte sie zum Beispiel für Grünflächen genutzt werden um die  
14 Lebensqualität zu erhöhen. Die Fläche könnte auch genutzt werden um dringend benötigte  
15 Wohnungen zu bauen.

16 Wir fordern ein Ende der steuerlichen Bevorzugung des Dieselmotors und damit die  
17 Gleichstellung der verschiedenen Kraftstoffarten, da die manipulierten Diesel gezeigt haben,  
18 dass es keine „sauberen“ Diesel gibt. Damit ist der steuerliche Vorteil des Diesels gegenüber  
19 dem Benzin unbegründet. Die Mehreinnahmen könnten dafür genutzt werden CO2 neutralen  
20 Verkehr und den ÖPNV zu fördern.

21 Die Berechnung des KFZ Energielabels soll dahingehend geändert werden, dass nur noch die  
22 Emissionen pro gefahrenem Kilometer in die Berechnung einfließen. Die Miteinbeziehung des  
23 Gewichts soll abgeschafft werden, da dadurch der Blick auf die Emissionen verzerrt wird und  
24 dem Verbraucher vorgetäuscht wird, dass große und schwere Fahrzeuge sparsam und  
25 umweltfreundlich sind.

26 Die ab 2021 geltenden CO2 Emissionsgrenzen bezüglich des Flottenverbrauchs eines  
27 Herstellers sollen vom Kraftfahrt-Bundesamt kontrolliert werden. Wenn ein Hersteller diese  
28 Grenzen überschreitet soll dem Kraftfahrt-Bundesamt ermöglicht werden die Erstzulassung für  
29 Fahrzeuge des Herstellers zu begrenzen. Werden diese Grenzwerte eingehalten, halten wir es  
30 für sinnvoll diese als nächsten Schritt für jedes einzelne Fahrzeug zu fordern.

31 Die Hardware Nachrüstung der Euro 5 und 6 Diesel mit einem Katalysator um den NOx  
32 Ausstoß zu reduzieren halten wir für notwendig, um die Luftqualität zu verbessern. Die reine  
33 Nachbesserung per Software Update halten wir für nicht ausreichend. Die Kosten der Hardware  
34 Nachrüstung sollte dabei von den Herstellern getragen werden, da die erhöhten NOx



1 Emissionen einen Mangel darstellen und für die Beseitigung von Mängel der Hersteller  
2 zuständig ist.

3 Wir fordern zudem die Abschaffung der steuerlichen Privilegierung der Dienstfahrzeuge, da  
4 diese kontraproduktiv zur Stärkung des ÖPNV ist.

5 Als letzten Punkt fordern wir eine Förderung für Unternehmen, die es Mitarbeitern erlauben die  
6 Akkus ihrer E-Bikes aufzuladen und dies Kunden ermöglichen. Dadurch erhoffen wir uns einen  
7 vermehrten Umstieg vom Auto aufs Fahrrad und somit eine deutliche Reduzierung der  
8 ausgestoßenen Emissionen.

# A10

## Apothekenpflicht für Homöopathika so schnell wie möglich abschaffen!

**Antragsteller\*innen** Jusos München-Stadt  
**Adressat\*innen** Juso-Landeskonferenz, Juso-Bundeskongress

1 Homöopathische Mittel haben keine erwiesene Wirksamkeit über einen (auch anderweitig und  
2 günstiger erreichbaren) Placeboeffekt hinaus.<sup>1</sup> Homöopathische Medikamente basieren  
3 allesamt auf der Grundlage der Potenzierung, oder in einfachen Worten ausgedrückt, simpler  
4 Verdünnung. Eine klassische Potenzierung ist hierbei zum Beispiel D24. Dabei wird ein  
5 Ausgangsstoff 24-mal im Verhältnis von 1:10 mit Wasser verdünnt. Am Ende entsteht somit eine  
6 Verdünnung von 1:10<sup>24</sup>. Diese Verdünnung entspricht in etwa einem Tropfen im Volumen des  
7 gesamten Atlantiks.<sup>2</sup> Aufgrund der Natur dieses Verfahrens ist eine Überdosierung bei der  
8 Einnahme ausgeschlossen. Die korrekte Herstellung und toxikologisch ausreichende  
9 Verdünnung überprüft dabei das Bundesinstitut für Arzneimittel und Medizinprodukte unter  
10 anderem nach §§ 21 und 38 AMG. Somit ist eine Apothekenpflicht als Schutz vor  
11 Überdosierung nicht sinnvoll.

12 Ein weiterer Aspekt der Apothekenpflicht ist jedoch die Aufklärung durch das  
13 Apothekenpersonal. Hier könnten Patienten\*innen darauf hingewiesen werden, dass sie  
14 lebenswichtige Therapien durch die Einnahme von Homöopathika versäumen und diese  
15 allenfalls als Ergänzung zu nutzen sind. Jedoch ist es schon heute möglich, rezeptfreie  
16 Medikamente ohne jegliche Beratung über das Internet zu bestellen (Volumen von 53 Mio. Euro  
17 in 2017)<sup>3</sup>.

18 Durch den Wegfall der Apothekenpflicht erhoffen wir uns durch den Verkauf neben  
19 zweifelhaften Vitamin- und anderen Nahrungsergänzungsmitteln, der Homöopathie das Image  
20 zu verschaffen, das sie verdient hat. Außerdem ist damit ein deutlicher Preisverfall denkbar. Dies  
21 würde sowohl die exorbitanten Profitmargen von zweifelhaften Pharmaunternehmen drücken,

1 als auch den Geldbeutel von womöglich nicht so gut gestellten Personen unserer Gesellschaft  
2 schonen.  
3 Langfristig sollte jedoch bei der Homöopathie und anderen zweifelhaften Therapieformen  
4 darüber nachgedacht werden, diese ebenso den rigorosen wissenschaftlichen  
5 Zulassungsverfahren wie bei Medikamenten der konventionellen Schulmedizin zu stellen.